



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hartmann, R. v.: Auslandsbriefe

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

trog Art. 53 und 278 Fr. B. kaum zu fürchten sein, da der Wiedererwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ja in das freie Ermessen der betreffenden Personen gestellt wird und wir nur dem französischen Vorbild zu folgen brauchen, wo in zahlreichen Fällen ein Anspruch auf Verleihung der französischen Staatsangehörigkeit anerkannt ist. Geschehen muß aber jedenfalls in absehbarer Zeit etwas. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß Hunderttausende deutschstämmiger Personen von der deutschen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen werden, nur weil einige unserer Gegner sich zu einer vernünftigen vertraglichen Regelung nicht bereit finden. Was Deutsch spricht und fühlt, muß sich auch vor aller Welt wieder deutsch nennen dürfen!



Auslandsbriefe

Von R. v. Hartmann



ier Briefe liegen vor mir, die eine erschütternde Sprache führen. Ein junger englischer Jurist schreibt: „Ohne mich auf das, was dem Waffenstillstand vorherging, einzulassen, bis zu welchem Punkte wir meines Wissens ehrenhaft gehandelt haben, sage ich doch, daß ich mich schäme, daß mein Land dazu beigetragen hat zu dem Vertrag von Versailles, der nicht nur ein Wortbruch ist, sondern einfach ein Racheakt. Der christliche Geist scheint nicht der Geist der sogenannten Friedensmacher gewesen zu sein, welche, durch ihr zynisches Nachgeben an das Vergnügen (amusement), die Centralmächte noch zu schlagen, als sie bereits am Boden lagen, Saaten ausgestreut haben, welche, wenn nicht drastische Mittel angewendet werden, unvermeidlich Frucht tragen werden in einem noch furchtbaren Kriege. Vielleicht kommt dies drastische Mittel in der Form von Versöhnung, Annullierung und Wiederherstellung schon zu spät, und dein Volk wird über jedes menschliche Maß hinaus verbittert sein durch die wirtschaftliche Sklaverei, welche der Vertrag Deutschland auferlegt. Aber wisse, daß es hier viele junge Männer gibt, welche daran arbeiten, daß der Frieden ein wirklicher Frieden wird.“

Die „deutsche Politik“ bringt das Schreiben eines Finnländers zum Abdruck, der den Deutschen den Vorwurf macht, daß sie die Schuldfrage nicht immer wieder zur Besprechung bringen. „Sie wissen, wie die Anklage der Entente lautet: Deutschland habe vorsätzlich den Weltkrieg herbeigeführt. Sie wissen, daß Sie gezwungen worden sind, ein Schuldbekennnis dieser Art selbst zu unterschreiben, und daß sich aus dem Sage, Deutschland sei auf solche Weise schuldig, der ganze Frieden der Rache und Strafe erhebt. Sie wissen, daß dieser Frieden von selber bricht, wenn seine Grundlage zerbrochen wird. Das kann der Kaiser tun: die Grundlage dieses Friedens zerbrechen. . . . Es sind viele Zeugnisse dafür ans Licht gekommen, daß der Kaiser und daß die deutsche Regierung nicht den Weltkrieg gewollt haben, sondern den Frieden der Welt, die Regierungen der Entente

aber den Krieg. Die Männer, die verantwortlich sind für den Krieg unter Ihren Feinden, müssen dies wissen... Der Kaiser könnte es jetzt dahin bringen, daß alle diese Dinge öffentlich vor der Welt verhandelt werden. Dieser Prozeß würde der größte politische und moralische Sieg werden, den Deutschland gewinnen kann. Auch dann wäre es ein moralischer Sieg, wenn die Regierungen der Ententeländer sich fürchten, den Prozeß zu eröffnen... Bitte, öffnen Sie Ihre Augen! Glauben Sie, daß Frankreich ein anderes Ziel hat, als die Bevölkerungsmenge Deutschlands so sehr zu verringern, daß sie nicht mehr größer ist als die Menge des französischen Volkes? Gibt es Leute bei Ihnen, die glauben, daß durch Verhandlungen... die Menschen, die die französische Politik regieren, dahin gebracht werden können, daß sie freiwillig Erleichterungen für Deutschland zustimmen? Sie haben nichts von der Einsicht oder vom Wohlwollen Ihrer Feinde zu erwarten. Frankreich ist stark. Man weiß nicht, wie lange es stark sein wird, aber jedenfalls ist es jetzt stark und jedenfalls wird es noch eine Zeitlang stark sein. Dieser Frieden wird nicht ewig dauern, aber er wird doch länger dauern als Ihre Widerstandskraft dauern kann. Dieser Friede ist nur an einer einzigen Stelle für Sie anzugreifen. Gerade gegen diese Stelle steht ein Sturmbock von zerstörender Kraft zu Ihrer Verfügung: öffentliche Verhandlung der Schuldfrage. Niemand hindert Sie daran, niemand kann Sie daran hindern. Warum tun Sie es nicht? Um Gotteswillen, warum tun Sie es nicht?"

Der dritte Brief ist der eines angesehenen englischen Geistlichen mit weitgehenden politischen Beziehungen: „Niemand, der auch nur die geringste Kenntnis von England 1914 hatte, konnte annehmen, daß wir Krieg wünschten. Das hauptsächlichste Interesse Englands ist immer der Friede gewesen — wir hatten nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren durch einen Appell an die Waffen. Es ist merkwürdig, daß alle Deutschen, welche die Schuld auf uns legen möchten, keinen besseren Beweis haben als einen einzigen Artikel (den der Saturday Review mit dem berüchtigten Satz: *Germaniam esse delendam*).“ Das Kabinett sei im Sommer 1914 bis auf drei Mitglieder für Neutralität gewesen. „Dann kam der Einmarsch in Belgien, dieser flagrante Bruch des Völkerrechts und damit die direkte Bedrohung unserer Küsten. (Was war daran ängstlich, wenn England neutral blieb?) Asquith konnte sagen: hier ist unsere Unterschrift zu dem Vertrag, worauf Belgien seine Sicherheit stützt. Wünscht Ihr dies abzuleugnen aus Furcht vor Deutschland? Tut Ihr das, so wird Euch niemand wieder trauen, wir werden ohne einen Freund in der Welt sein (da Deutschland nicht gerechnet wurde), und kein Engländer wird imstande sein, einem Franzosen (warum gerade dem) wieder ins Antlitz zu blicken... Ich werde niemals die allgemeine Bestürzung und das Elend jener Woche vergessen; niemand hatte an eine solche Kalamität gedacht... es gab hier keinen Haß gegen Deutschland, bis Ihr begannet, unsere Frauen und Kinder zu morden, etwas, was der Engländer nie vergiebt.“ Der Schreiber ist noch immer fest davon überzeugt, daß Deutschland den Krieg lange planmäßig vorbereitet hat, und daß die Blockade ein ebenso gesetzliches Mittel war wie unsere Belagerung von Paris, wo die Einwohner genötigt waren, Ratten zu essen, während der Untergang der Lusitania ihm ein schandwürdiges Verbrechen der deutschen Kriegsführung zu sein scheint, auf das aber in Deutschland eine infame Medaille geprägt worden sei. Daß diese Medaille das Machwerk eines

betriebsamen süddeutschen Goldschmieds gewesen ist, daß das von der Regierung streng gemißbilligt wurde und kaum zur Kenntnis weiterer Kreise gekommen ist, hat man in England natürlich nicht gesagt. Und daß die Lusitania vor ihrer Abfahrt von Amerika zweimal offiziell von deutscher Seite gewarnt worden ist, keine Passagiere zur Maskierung ihrer großen Munitionsladung mitzunehmen, scheint der Brieffschreiber auch nicht zu wissen. Er mußte die Artikelserie von Volves Dickinson im „Manchester Guardian“ von Ende November bis Anfang Dezember 1920 lesen „Deutschland unter dem Friedensvertrag“, wo den Engländern die Pflicht eingeschärft wird, die von den Bolschewisten und der deutschen Regierung veröffentlichten Dokumente über den Ursprung des Krieges zu lesen. „Der ganze Verstand und die Seele Englands ist wahrhaftig durch die Presse vergiftet. Aber man soll sich nicht passiv der Vergiftung unterwerfen, und wer es tut, kann vom Tadel nicht freigesprochen werden.“ Auch Dickinson ist der Ansicht, daß das einzelne Individuum sich „von der Plage abwendet und zu den Tatsachen und der Wahrheit zurückkehrt“. Die jetzt in England regierenden Leidenschaften sind Furcht, Gier und Rache. Der Wähler denkt, weil Deutschland den Krieg gemacht hat, müsse man es niederhalten. Furcht als Klugheit. Deutschland hat viele Engländer getötet, muß also gestraft werden. Rache maskiert als Gerechtigkeit. Deutschland hat Eigentum zerstört: man kann es mit Zinsen zurückerhalten. Begierde maskiert als Wiederherstellung. Diese Gedanken sind dem britischen Volke Nacht und Tag durch vier Kriegs- und zwei Friedensjahre eingehämmert worden.

Der vierte Brief ist der eines alten Amerikaners, dessen Vater ein Deutscher, dessen Mutter eine Französin war und der seine Studienzeit in Deutschland zugebracht hat. Er findet es vor allem notwendig, daß Deutschland seine Handlungsweise ändert. Es muß sobald als möglich den Vertrag, den er freilich hart nennt, auszuführen suchen, und „freundlich gegen andere Völker sein“, dann werden, besonders wenn die Alliierten sehen, daß Deutschland ehrlich sein will, sie geneigt sein, Erleichterungen zu gewähren; andernfalls wird Deutschland noch mehr zu leiden haben, da die Welt seinen Standpunkt in bezug auf die Schuldfrage nicht annehmen kann. Unsere Beschwerde wegen Ablieferung der Milchkuhe, die unsere verhungerten Kinder rettungslos dem Siechtum in die Arme treibt weist er mit der kühlen Bemerkung zurück, daß die Deutschen zehnmal soviel Kühe in Belgien vernichtet (destroyed) hätten, von anderen Dingen, die den Abscheu der Welt erregt hätten, gar nicht zu reden. Dann schlägt er uns vor, aus Amerika einen Ratgeber (councillor) zu beziehen, der uns lehre, wie eine Republik beschaffen sein muß, z. B. Mr. Herbert Hoover! Das würde Deutschland außerordentlich helfen, weil es die Deutschen instandsetzen würde, daß sie mit ihren früheren Feinden zum Einverständnis gelangten. Man sieht aus diesen Äußerungen die Borniertheit des Puritaners, vereint mit der Ignoranz und dem Hochmut des „gebildeten“ Amerikaners, der jede Belehrung zurückweist (die ihm von mir im reichlichem Maße zuteil geworden ist), weil er nicht zugeben kann, durch englische Lügen und Verleumdungen betrogen worden zu sein.

Überall mehren sich im Inland, das ja leider auch berücksichtigt werden muß, wie im Ausland die Zeichen, daß die Einsicht in Deutschlands Unschuld im Wachsen ist. Das Eingeständnis eines der größten Feinde des alten Systems, Kautsky, der bekennt, er habe der alten Regierung unrecht getan — „ich war

überrascht als ich Einblick in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mir als unhaltbar. Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet; es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht" — wird bei den Denkenden im Auslande schweres Gewicht haben. Auch die Verurteilung des deutschen Ubootkrieges ist nicht mehr aufrechtzuerhalten, seitdem die Revue militaire nicht allein die militärische Berechtigung desselben anerkannt, sondern sogar das Gebot der Warnung eines feindlichen Schiffes vor der Torpedierung als „vollkommen ungerechtfertigt“ dargetan hat. „Die Verwendung der Ubootwaffe als entscheidenden Faktor in dem verflochtenen Weltkrieg war daher in jeder Weise gerecht.“ Den Engländern aber muß man die Stelle aus dem Balmoralbrief Sazonows des Jahres 1912 vor Augen halten, wo der englische König mit „sichtlicher Erregung“ sagt, die „Engländer würden jedes deutsche Schiff, das ihnen in die Hände kommt, in den Grund bohren“, woran der russische Minister die befriedigende Äußerung knüpft, daß diese Worte „augenscheinlich nicht nur persönliche Gefühle Seiner Majestät widerpiegeln, sondern auch die in England herrschende Stimmung in bezug auf Deutschland“.

Die Forderung Deutschlands an die Entente, eine öffentliche Verhandlung der Schuldfrage zuzulassen, muß immer von neuem aufgestellt werden. Daneben soll sich der einzelne bemühen, durch Briefwechsel mit Angehörigen der feindlichen Länder in Verbindung zu treten, um an seiner Stelle das Gespenst der Camouflage, das für uns eine so furchtbare Gestalt angenommen hat, zu vernichten.



Weltspiegel

Deutschland als Ententekolonie. „Im Jahre 1850, sieben Jahre vor dem Aufstand, wurde das Einkommen in Britisch-Indien auf 17 Pfennig den Kopf täglich geschätzt. Im Jahre 1882, eine Generation später, betrug das amtlich geschätzte Einkommen nur 13¼ Pfennig, im Jahre 1900 ergab eine Untersuchung aller Einkommensquellen weniger als 2⅛ Pfennig auf den Kopf täglich. Wie groß die wirkliche Verarmung des indischen Bauern oder ländlichen Arbeiters in Britisch-Indien heute sein mag, wenn das Einkommen der ganzen wohlhabenden Bevölkerung in den Städten und Bezirken Anglo-Indiens abgezogen wird, vermögen sich kaum die Einwohner der ärmsten europäischen Staaten vorzustellen.“

„Von der ganzen in Britisch-Indien, d. h. in dem unter unmittelbarer britischer Herrschaft stehenden Indien, erhobenen Steuersumme geben wir nur 1 Penny auf den Kopf für Erziehung aus, und nur 1,9 % der Bevölkerung geht zur Schule. Die Verbesserungen der letzten 10 Jahre stehen nur auf dem Papier. Sogar in Rußland, einem sehr armen und rückständigen Lande, betrug die Ausgabe für Erziehungszwecke 7½ Penny auf den Kopf, und die Schulkinder machen 4 bis 5 % der Gesamtbevölkerung aus. Die Saumseligkeit der britischen Herrschaft in dieser Richtung wird noch durch die Tatsache tiefer gestellt, daß in dem Eingeborenensstaat Baroda im Jahre 1900 mehr als 8,6 % der Gesamtbevölkerung eingeschult waren, während es nunmehr feststeht, daß 100 % der Jungen im Schulalter in Baroda unterrichtet werden, gegenüber 21,5 in Britisch-Indien und 81,6 % der Mädchen gegenüber etwa 4 %. Und doch nimmt das anglo-britische Regiment Indiens für sich in Anspruch, eine zivilisierte und hochfortschrittliche Verwaltung zu sein.“